

Rats-Update Nr. 12

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 9. Februar 2023

Auf der Tagesordnung der ersten Ratssitzung in diesem Jahr standen 74 öffentliche und 4 nicht-öffentliche Tagesordnungspunkte. Aus dieser Sicht war eine eher kürzere Sitzung zu erwarten. Letztendlich wurde es aber doch wieder fast 20:00 Uhr bis alle Beschlussvorlagen, Anträge und Anfragen diskutiert und abgearbeitet waren.

Gedenken der Erdbeben-Opfer in der Türkei und Syrien

Der Oberbürgermeister eröffnete die Ratssitzung mit einer Gedenkminute an die (zu diesem Zeitpunkt) 16.000 Opfer des Erdbebens in der Türkei und in Syrien. Er drückte sein Mitgefühl aus und lobte die große Hilfsbereitschaft der Duisburger, die wegen Duisburgs Partnerstadt Gaziantep besonders Anteil an der Katastrophe nehmen. Ratsherr Mirze Edis von der Fraktion der Linken erklärte, dass in Duisburg nun besonders viele türkische Familienangehörige als Flüchtlinge zu erwarten seien, weshalb er darum bat, die erforderlichen Aufenthaltserlaubnisse möglichst schnell und unbürokratisch zu bearbeiten. Der Oberbürgermeister sagte dies zu, sofern diese Amtshandlung nicht Bundesgesetzen widerspreche.

Ausbau der A59

Zum wiederholten Male beschäftigte sich der Stadtrat mit dem geplanten Um- und Ausbau der A59. Die Stadt möchte das aktuelle Planfeststellungsverfahren stoppen und die ganze Strecke in mehrere Planungsabschnitte teilen lassen. So könnte bei einigen Teilabschnitten schneller mit dem Bau begonnen werden, während man für die Planungen im Bereich Meiderich mehr Zeit hätte und die von der Stadt gewünschte Tunnellösung erarbeiten könnte.

Etwas paradox: die Stadt befürchtet jahrelange Zeitverzögerungen, falls es zu Klagen und Gerichtsverhandlungen kommen sollte. Gleichzeitig beauftragte der Rat mit dieser Beschlussvorlage die Stadtverwaltung, gegen das Planfeststellungsverfahren zu klagen, falls dies nicht im Sinne der Stadt erstellt würde.

Das „Ablaufdatum“ der Berliner Brücke ist mit 2029 beziffert und stellt das eigentliche Problem dar. Denn wenn der Neubau nicht rechtzeitig erfolgt, käme es zu einer langfristigen kompletten Sperrung der Autobahn über die Ruhr und die Kanäle, was ein Verkehrschaos in der Stadt mit sich bringen würde. Die FDP-Fraktion schloss sich dem einstimmigen Votum des Rates an, verfolgt aber grundsätzlich den Gedanken „egal wie Planungen und Klagen ausgehen, Hauptsache es kommt nicht zu einer längeren Sperrung dieser Autobahn“.

Deutscher Städtetag

Der Rat wählte neue Delegierte zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetags. Überraschenderweise kam es dabei nicht zu Gegenkandidaturen und Diskussionen. Der Rat wählte einmütig je einen Vertreter von SPD, CDU und Grünen, sowie den FDP-Fraktionsvorsitzenden Wilhelm Bies.

EG-DU wird zur Gebag Projektentwicklungsgesellschaft

Aus Umsatzsteuerrechtlichen Gründen benötigt die Gebag demnächst eine neue Projektgesellschaft, u.a. für den geplanten Neubau eines Verwaltungsgebäudes an der Steinschen Gasse. Da die Gesellschaft EG-DU seit 2 Jahren brach lag und ohnehin schon bei der Gebag angesiedelt war, wurde diese nun umfirmiert und der Gesellschaftszweck entsprechend angepasst.

Wirtschaftspläne und Zuschüsse

In den folgenden Beschlussvorlagen ging es um Wirtschaftspläne und Zuschüsse an städtische Gesellschaften. Lediglich die Zuschusserhöhung an DuisburgKontor um 1 Mio. € wurde kritisiert, da als Begründung lediglich verstärkte Werbemaßnahmen aufgeführt wurden. Eine Tätigkeit, die DuisburgKontor ohnehin dauerhaft für die Stadt ausübt.

Der Oberbürgermeister erklärte, dass es sich um besondere Werbung für die bevorstehende Kanu-Weltmeisterschaft, die Finals und die Ruhr-Games handele. Bei Enthaltung der Fraktion der Linken stimmte der Rat einstimmig zu.

Senkung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer-B

Dank erhöhter Finanzausschüsse (Schlüsselzuweisungen) vom Land NRW und dem dadurch geäußerten Wunsch der beiden großen Fraktionen beschloss der Rat die Senkung der Gewerbesteuer von 520% auf 515% und die Senkung der Grundsteuer-B von 855% auf 845%. Selbst die Fraktionen der Linken und der AfD bezeichneten dies als reine Symbolik, begrüßten diesen Schritt aber dennoch. Wirklich übertrieben äußerte sich Thomas Mahlberg, der CDU-Fraktionsvorsitzende. Überschwänglich sprach er von einem „Meilenstein“ in der Geschichte der Stadt und einer „Trendwende“. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Bruno Sagurna erklärte, dass es sich lediglich um einen symbolischen Akt, als Zeichen an die Bürger/innen und die Unternehmen, handle.

Der Oberbürgermeister bedankte sich für das Lob aller Fraktionen und ergänzte, dass es sich um die 1. Steuersenkung (in der Stadt Duisburg) seit seiner Geburt handele: *„Selbst wenn ich 10 Jahre älter wäre, wäre es die erste Steuersenkung“*. Die Grünen stimmten zwar zu, möchten jedoch mit dem Hinweis auf bevorstehende Klimaschutzmaßnahmen keine Trendwende sehen. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies lobte die Steuersenkungen, verwies jedoch auf das Städteranking, in dem Duisburg auch durch diese Maßnahme die hinteren Plätze nicht verlassen wird.

Stadtdirektor und Kämmerer Martin Murrack war es wichtig darauf hinzuweisen, dass Duisburg keinesfalls zu einer „Steueroase“ werden will und es grundsätzlich keinen Wettbewerb der Städte geben dürfe. In solchen Momenten wird sehr deutlich, in welcher Partei (SPD) er beheimatet ist.

Städte-Patenschaft mit der ukrainischen Stadt Kryvyi Rih

Auf eine Initiative des Bundespräsidenten hin, haben bereits über 100 deutsche Städte sogenannte Städte-Patenschaften mit ukrainischen Städten vereinbart. In diesem Sinne beschloss der Stadtrat einstimmig eine Patenschaft mit Kryvyi Rih einzugehen. Hierbei geht es um eher praktische Hilfen in Kriegszeiten und bis zu 5 Jahre nach Kriegsende. Ob dann daraus eine „echte“ Städtepartnerschaft wird, wird dann zu entscheiden sein.

Die Süd-Ukrainische Stadt Kryvyi Rih (gesprochen „Kriwi Rich“) ähnelt Duisburg. Sie ist ‚Stahlstadt‘ und es verlaufen zwei Flüsse durch die Stadt. Zudem ist sie Geburts- und Heimatstadt des ukrainischen Präsidenten. Alle Hilfen sollen ausschließlich mit Fördermitteln des Bundes erfolgen. Wie diese Hilfen genau aussehen, ist derzeit noch nicht klar. Hier stimmen sich die Ruhrgebietsstädte untereinander- und mit den Patenschaftsstädten in der Ukraine ab. Zunächst soll es sich um ein Zeichen der Solidarität handeln.

Die Fraktion JuDu ergänzte, dass sie es richtig fände, wenn gleichzeitig die Städtepartnerschaft mit der russischen Stadt Perm ausgesetzt würde. Der Rat folgte diesem Gedanken jedoch nicht.

Stellenausschreibung: Beigeordneter für Umwelt und Kultur

Einstimmig wurde auch die Stellenausschreibung für einen neuen Beigeordneten für das Dezernat für „Umwelt und Klimaschutz, Gesundheit, Verbraucherschutz und Kultur“ beschlossen. Wie aus den Medien bereits bekannt ist, wechselt der derzeitige Dezernent Matthias Börger bereits nach einem knappen Jahr schon wieder seinen Arbeitsplatz und verabschiedet sich ins NRW-Umweltministerium. Der Beigeordnete (mit grünem Parteibuch) konnte sich offenbar innerhalb der Duisburger Stadtspitze nicht durchsetzen.

Die Beschlussvorlagen, die er zum Thema Klimaschutz erstellt hatte, wurden als zu ideologisch, pauschal und undetailliert empfunden. Nun muss die Stadt nach knapp einem Jahr einen neuen Dezernenten suchen. Dazu soll wieder ein Personal-Unternehmen beauftragt werden und eine Kommission aus Vertretern aller Ratsfraktionen gebildet werden. Für die FDP wird (wie bereits bei anderen Stellenbesetzungen in der Vergangenheit) FDP-Ratsherr Oliver Alefs teilnehmen.

Brücke an der Cölve wir endlich gebaut

Nach jahrelangen Diskussionen und Verhandlungen mit der Stadt Moers, der Bezirksregierung und der Bahn ist der Weg nun endlich frei, die Brücke an der Cölve in Rheinhausen-Trompet neu zu bauen. Die Brücke lag seit der Kommunalneuordnung 1974 auf einer Art „Straßen-Zunge“ die zu Moers gehörte und weit in das Duisburger Stadtgebiet hinein ragte. Warum diese merkwürdige Gebietseinteilung damals so entstanden ist, kann heute nicht mehr festgestellt werden.

Jedenfalls hatte die Stadt Moers nie ein Interesse daran, die Brücke zu reparieren oder gar zu sanieren, da sie eigentlich nie von Moerser Bürgern benutzt wurde. So kam es, dass sie verfiel und im vergangenen Jahr abgerissen werden musste, was zu erheblichen Verkehrseinschränkungen (auch für Feuerwehr, Rettungswagen und DVG-Bussen) führte. Jetzt, nachdem diese Straße offiziell zur Stadt Duisburg gehört, kann und darf die Stadt die Brücke für ca. 15 Mio. € neu bauen.

Städtisches Vorkaufsrecht an zahlreichen Grundstücken in Rheinhausen

Die Stadtverwaltung hat zahlreiche Grundstücke im Bezirk Rheinhausen 'identifiziert', bei denen sie die zukünftige Entwicklung und Planung bezüglich des Wohnungsbaus beeinflussen möchte. Aus diesem Grunde sollte der Stadtrat nun ein generelles Vorkaufsrecht der Stadt für die ausgewiesenen Grundstücke beschließen. Die FDP-Fraktion folgte diesem Wunsch der Verwaltung nicht, da die Stadt zur detaillierten Planung von Gebieten und Grundstücken jederzeit Bebauungspläne erstellen kann, die für jeden zukünftigen Käufer und Eigentümer bindend sind. Dazu ist es nicht erforderlich, Grundstücke zu erwerben.

In der Beschlussvorlage wurde auch nicht dargestellt, was die Stadt anschließend mit den gekauften Grundstücken anfangen möchte. Denkbar wäre, dass die städtische Wohnungsbaugesellschaft Gebag diese Grundstücke erhält um dort nach den Wünschen der Stadt zu bauen (oder auch nur, um mit den Grundstücken das Eigenkapital der Gesellschaft zu erhöhen...). Die anderen Fraktionen sahen hier kein Problem und beschlossen das Vorkaufsrecht der Stadt an den Grundstücken in Rheinhausen.

Höhere Taktfrequenzen bei der U79, 901 und 903

Durch die höheren Finanzausschüsse (Schlüsselzuweisungen) des Landes ist nun auch etwas mehr Geld für den Öffentlichen Personennahverkehr -ÖPNV- (bzw. für die DVG) vorhanden. Es besteht der Wunsch, dass die U-Bahnlinie U79, sowie die Straßenbahnlinien 901 und 903 in einer höheren Taktfrequenz fahren. Die DVG soll nun prüfen und erarbeiten, ob und wie das möglich wäre und welche Kosten damit verbunden wären. Dazu beschloss der Rat die „Erarbeitung einer Teilfortschreibung des 3. Nahverkehrsplans“.

Aufhebung von zahlreichen Bauleitplänen

Die Verwaltung hat alle Bauleitpläne der Stadt 'durchforstet' und festgestellt, dass es viele Pläne gibt, die nicht mehr dem Zeitgeist entsprechen, beziehungsweise überholt sind oder nicht mehr den aktuellen Zielsetzungen der heutigen Stadtplanung entsprechen. Die damaligen Aufstellungsbeschlüsse sind also nicht mehr erforderlich. Dementsprechend hob der Rat 119 Bauleitpläne auf.

Neubau einer Grundschule in 6-Seen-Wedau

Einstimmig beschloss der Rat die Planungen für eine neue Grundschule im zukünftigen Stadtteil 6-Seen-Wedau. Im Grunde waren sich alle Fraktionen einig, aber Ratsfrau Barbara Laakmann von den Linken erklärte, dass es in 6-Seen-Wedau nicht einmal Häuser und/oder Familien gäbe, während es in Stadtteilen des Duisburger Nordens große Probleme mit der Beschulung der Kinder gäbe. Sie regte an, über die Priorisierung von Schulbaumaßnahmen nachzudenken.

Dieser Hinweis empörte den Oberbürgermeister, der den Vorwurf „eine nett formulierte Unverschämtheit“ nannte, da der Rat in den vergangenen Monaten sehr viele Beschlüsse zu Neu- Aus- oder Umbauten von Schulen im gesamten Stadtgebiet beschlossen habe. Auch SPD und CDU entrüsteten sich, so dass es an dieser Stelle zu einer längeren hitzigen Debatte und gegenseitigen Vorwürfen kam, obwohl sich alle Fraktionen über den Bau der neuen Grundschule in 6-Seen-Wedau einig waren und dies auch anschließend einstimmig beschlossen.

Neubau und Modernisierung des Regattahauses

Das Land hat die Zuschüsse für den Neubau des sogenannten Regattahauses an der Regattabahn von 23,3 Mio. € auf 12 Mio. € gekürzt, so dass der städtische Eigenanteil jetzt (ungeplante) 6 Mio. € beträgt. Diese 6 Mio. € müssen aus dem 'Haushaltstopf' des städtischen Eigenbetriebs DuisburgSport entnommen werden. Dafür werden andere Renovierungsmaßnahmen, z.B. beim Hallenbad in Neudorf oder bei den Modernisierungen der städtischen Sporthallen in Rheinhausen und Süd zurück gestellt.

Diese (Zitat:) „*ungerechte Umverteilung von Breitensport zum Profisport*“ wurde von den Fraktionen der Grünen und der Linken scharf kritisiert, die auch gegen diese Beschlussvorlage stimmten. Da die Pläne zum Neubau des Regattahauses schon weit fortgeschritten sind, sahen die anderen Fraktionen aber keine andere Möglichkeit und stimmten der erforderlichen Umfinanzierung zu.

IGA 2027 und Zukunftsgarten Rheinpark

Der Rat stimmte auch den weiteren Planungen und der baulichen Umsetzung der Maßnahme „Grüner Ring Mitte“, mit voraussichtlichen Ausbaurkosten in Höhe von rund 11,8 Mio. €, zu. Zudem wurde dem Anstieg der zukünftigen Pflegekosten in Höhe von 43.728,- € jährlich (ab 2028) zugestimmt. Auch hier mussten Umfinanzierungen innerhalb der Finanzverwaltung vorgenommen werden, damit jede Zahlung auch aus dem dafür vorgesehenen „Topf“ erfolgt.

Klimaschutzmaßnahmen und Klimawandel-Anpassungskonzept

Wie oben bereits erwähnt, hatte der derzeitige Umweltdezernent Matthias Börger bereits im November 2022 zwei Beschlussvorlagen für den Stadtrat erstellt, in denen „*der Duisburger Weg zum Klimaschutz*“ beschlossen werden sollte. Eine große Ratsmehrheit hatte die Vorlagen damals jedoch als zu pauschal und wenig detailliert empfunden und das Thema auf die heutige Sitzung verschoben. Unter anderem war damals formuliert „*Duisburg wird bis zum Jahre 2035 klimaneutral*“ ohne näher auszuführen, durch welche Maßnahmen das erreicht werden solle. Weiterhin sollte in den damaligen Vorlagen beschlossen werden, dass „*Klimaschutz grundlegendes Ziel jeglichen kommunalen Handelns wird*“ und „*das in der Verwaltung alle personellen und finanziellen Ressourcen bereitzustellen sind*“. Alles, ohne nähere Details und/oder Zahlen zu benennen.

Die damaligen Beschlussvorlagen bestanden hauptsächlich aus undifferenzierten Klimaschutz-Zielen und Forderungen, so, als ob sie in der Parteizentrale der Grünen formuliert worden wären. SPD, CDU, FDP und JuDu kündigten damals bereits an, zahlreiche Änderungsanträge zu beiden Vorlagen zu formulieren. Diese lagen nun in gemeinsamen Änderungsanträgen vor. Darin wurde verlangt, dass die konkreten Klimaschutzmaßnahmen der Stadt aufgelistet werden sollen, die Kosten dafür beziffert werden müssen und auch die erforderlichen Personalkosten erfasst werden sollen. Zudem sollten auch alle bisherigen und bereits beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen der Stadt bedacht werden und die Maßnahmen privater Unternehmen, wie z.B. ThyssenKrupp, in die Überlegungen mit einbezogen werden.

Erwartungsgemäß empörten sich Grüne und Linke über die Änderungsanträge der anderen Fraktionen. Der Vorwurf lautete, dass die ursprünglichen Beschlussvorlagen (des grünen Dezernenten) vollkommen „*verwässert*“ werden - obwohl durch die Änderungsanträge tatsächlich deutlich mehr Klarheit in die Beschlüsse kam. Überraschenderweise stimmte auch die AfD in den Chor der Grünen und Linken mit ein, so dass eine lange Diskussion zu beiden Drucksachen und den Änderungsanträgen folgte. Die Mehrheit, bestehend aus SPD, CDU, FDP und JuDu, stimmte für die beantragten Änderungen und beauftragte die Fachverwaltung somit, bis zur nächsten Ratsitzung konkretere Maßnahmen und Zahlen zu erarbeiten.

Zuschusserhöhung für beide Frauenhäuser

Ebenfalls durch die höheren Zahlungen des Landes ist jetzt auch eine Erhöhung der Zuschüsse für die Duisburger Frauenhäuser möglich. Beide Frauenhäuser werden vom Land nur teilfinanziert, so dass nur maximal 12 Plätze zur Verfügung stehen. Ein Großteil des zusätzlichen Bedarfs von je 250.000,- € wurde bislang über andere Kanäle, unter anderem durch Spenden, gedeckt.

Um zukünftig eine auskömmliche Finanzierung der beiden Frauenhäuser zu erreichen, wird mit diesem einstimmigen Ratsbeschluss eine deutliche Zuschusserhöhung um 300.000 Euro, erfolgen. Damit kann, allein auf Basis des kommunalen Zuschusses, der aktuelle Zusatzbedarf zu 95% gedeckt werden.

Auch bei diesem Thema kam es zu Diskussion, weil die Grünen meinten, man hätte schon viel früher höhere Zuschüsse geben sollen. Der Oberbürgermeister konterte, dass es auch hilfreich wäre, wenn die Schwarz-Grüne Landesregierung ihre Zuschüsse erhöhen würde.

Theatersanierung

Die Grünen hatten einen Antrag gestellt, wonach die Stadtverwaltung einen detaillierten Plan zur Sanierung des Stadttheaters erarbeiten sollte. Die Verwaltung hatte aber bereits in der Sitzung des Kulturausschusses darauf hingewiesen, dass zur Zeit noch nicht alle notwendigen Informationen und Erkenntnisse vorliegen würden, um einen detaillierten Plan erstellen zu können. Zumal es sich voraussichtlich um eine sehr hohe Summe handele, die zur Sanierung des Hauses erforderlich sei.

Die SPD stellte somit den (logischen) Änderungsantrag, dass der Sanierungsplan erarbeitet und vorgelegt werden sollte, sobald der Fachverwaltung alle notwendigen Gutachten, Informationen und Erkenntnisse vorliegen. Über diesen Änderungsvorschlag und die anschließende Abstimmung kam es zu langen Diskussionen und Streit über das Abstimmungsverhalten des Oberbürgermeisters. Letztendlich stimmte die Mehrheit dem SPD-Vorschlag aber zu.

Keine Erhöhung der Wassertemperatur in städtischen Hallenbädern

Zuletzt kam es zu längeren Diskussionen zu einem Antrag der Linken, wonach die Wassertemperatur in den städtischen Hallenbädern wieder von 26 Grad auf 28 Grad erhöht werden sollte. Die Temperatur war im vergangenen Jahr aufgrund der Gasmangellage und einer entsprechenden Bundesverordnung abgesenkt worden. Da dies aber Besucherrückgänge von bis zu 50% (und somit große Einnahmeverluste) in den Duisburger Hallenbädern zur Folge hatte, wurde jetzt die Erhöhung der Temperatur beantragt, zumal in der Niederrhein-Therme und in Hallenbädern einzelner anderer Städte die Wassertemperatur auch schon wieder angehoben wurde.

Auch hier stellte die SPD einen Änderungsantrag, wonach es zunächst bei 26 Grad Wassertemperatur bleiben sollte, aber der Oberbürgermeister für ein einheitliches Vorgehen der umliegenden Kommunen sorgen sollte, da es *„keinen kommunalen Flickenteppich bei der Wassertemperatur der Hallenbäder geben sollte“*. Der sozialdemokratische Einheitsgedanke *„Bloß keinen Wettbewerb unter den Kommunen“* reicht offenbar sogar bis zur geregelten und einheitlichen Wassertemperatur aller kommunalen Schwimmbäder. Die FDP konnte sich dem Wunsch nach etwas höheren Temperaturen durchaus anschließen, aber die Mehrheit des Stadtrates beschloss den SPD-Vorschlag.

Nächste Ratssitzung (schon) im März

Um 19:45 Uhr beendete Oberbürgermeister Sören Link die öffentliche Sitzung des Duisburger Stadtrates. Es folgte eine relativ kurze nicht-öffentliche Sitzung mit nur 4 Tagesordnungspunkten. Die nächste Ratssitzung findet schon am 27. März 2023 statt. Danach informieren wir Sie wieder über die wichtigsten aktuellen politischen Themen und Stimmungen im Duisburger Stadtrat.

Bis dahin wünsche ich Ihnen, auch im Namen unserer FDP-Ratsmitglieder **Wilhelm Bies**, **Oliver Alefs** und **Kira Schulze Lohoff**, eine gute Zeit.

Thomas Wolters



Fraktionsgeschäftsführer